

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Kontur-



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und G. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Textliches u. Sächsisches, Unterhaltungs-Teil, Sport u. Anzeigenteil: Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz, D. N. IV.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 126

Dienstag, den 2. Juni 1936

88. Jahrgang

Zusammentritt der neuen französischen Kammer Eine vorläufige Ministerliste

Paris, 2. Juni.

Die neue gewählte französische Kammer trat am Pfingstmontag in Paris zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Eröffnet wurde die Sitzung mit einer Rede des Alterspräsidenten. Anschließend wurde aus den jüngsten Abgeordneten das vorläufige Büro zusammengestellt. Der zweite Tag der neuen (16.) Legislaturperiode ist der Prüfung verschiedener Anträge auf Ungültigkeitserklärung von Wahlen durch die Ausschüsse vorbehalten. Der Rücktritt der Regierung Sarraut wird für den heutigen Dienstag oder für Mittwoch erwartet. Alsdann wird der Sozialistenführer Leon Blum den Auftrag zur Neubildung der Regierung erhalten.

Nach den Auslassungen der Presse dürfte das neue Kabinett folgendes Aussehen haben: Ministerpräsident Léon Blum; Staatsminister: Faure (Sozialistische Partei), Chaumet (Radikalsozialist), Paul-Boncour (Sozialistische Vereinigung); Außenministerium: Yvon Delbos (Radikalsozialist); Kriegsministerium: Daladier (Radikalsozialist); Kriegsmarine: Campinchi (Radikalsozialist); Luftfahrt: Pierre Cot (Radikalsozialist); Finanz: Vincent Auriant (Sozialist); Arbeitsministerium: Lebas (Sozialist); Landwirtschaft: Monnet (Sozialist); Pensionsministerium: Riviere (Sozialist); Wirtschafts-, Industrie- und Handelsministerium: Spinasse (Sozialist); Innenministerium: Saligne (Sozialist); Kolonialministerium: Moutet (Sozialist); Defensivarbeiten: Morizet (Sozialist); Postministerium: Sellier (Sozialist); Justiz: Violette (Sozialistische Vereinigung).

Der „Excelsior“ glaubt zu wissen, daß Frau Jolot-Curie den zukünftigen Ministerpräsidenten telephonisch davon in Kenntnis gesetzt habe, daß sie das Angebot, das Gesundheitsministerium zu übernehmen, annehme.

Aufschlußreiche Rede Leon Blums

Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten legte Léon Blum besonderen Nachdruck auf die Feststellung, daß die künftige Regierung keine Regierung der Sozialistischen Partei sei, sondern eine Regierung der Volksfront. Die Sozialistische Partei, so erklärte er, habe nämlich bei den letzten Wahlen nicht die absolute Mehrheit erhalten.

Es gebe keine sozialistische Mehrheit und keine Mehrheit des Proletariats, sondern eine Mehrheit der Volksfront und ein Programm dieser Volksfront. Aufgabe der Regierung sei es daher, dieses Programm durchzuführen. Daraus gehe hervor, daß die Regierung im Rahmen des augenblicklichen Regimes handeln müsse, dessen Widersprüche und Ungerechtigkeiten die Partei im Verlauf der letzten Wahlperiode herausgestellt habe.

Es werde sich also darum handeln, aus diesem sozialen Regime soviel Ordnung, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit herauszuholen, wie eben möglich. Nach dieser notwendigen Klarstellung fügte Léon Blum beruhigend hinzu, daß er keinen Augenblick an den Mißerfolg dieser Aufgabe glaube.

Léon Blum ging dann auf die Streiklage ein. Er lehnte es ab, sich der Auffassung derer anzuschließen, die darin ein Druckmittel der Kommunisten oder sogar der marxistischen Arbeitergewerkschaft sehen wollten. Nach dem Abschluß einer langen Periode des Glanzes rufe der Sieg auf politischem Gebiet in der Arbeiterklasse eine gewisse Ungeduld hervor. Aufgabe der Arbeiter sei es aber, stets unter der Kontrolle ihrer Gewerkschaften zu bleiben. Die Sozialisten könnten nichts anderes tun, als die Einführung eines sozialen Regimes vorzubereiten, das zur Stunde noch nicht verwirklicht werden könne.

Auf außenpolitischem Gebiet erhofft Léon Blum, einen größeren Einfluß ausüben zu können als die bisherigen Regierungen. Die Stimme der kommenden Regierung habe mehr Aussicht, gehört zu werden, als die der vergangenen. Die Sozialisten der II. Internationale hätten dieselbe Befähigung, wenn nicht noch mehr, ihre Ansichten über den Frieden durchzusetzen, und zwar einen Frieden der Gerechtigkeit und Gleichheit, einen totalen, wirklichen und unteilbaren Frieden und einen abgerüsteten Frieden.

Die Kommune frohlockt

Noch immer über 40 000 Streikende in Paris.

Eine amtliche Meldung des französischen Arbeitsministeriums kündigte zwar die Beendigung des Metallarbeiterstreiks in den Pariser Vororten für den heutigen Pfingstdienstag an, aber durch das Ubergreifen auf andere Betriebszweige scheint sich die Streibewegung in Paris in ihrer Stärke doch erhalten zu haben. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ und der „Matin“ geben eine Aufstellung über die noch im Ausstand befindlichen Werke. In 41 Werken befinden sich 40 820 Arbeiter im Ausstand, darunter allein bei Citroen 10 000 Arbeiter.

Die kommunistische „Humanité“ und der „Populaire“, das Blatt Léon Blums, frohlocken über den bereits von der Arbeiterschaft errungenen Teilsieg und über die ängstliche Haltung der bürgerlichen Presse, die der, wie die beiden Blätter sich ausdrücken, „disziplinierten“ neuen Form des Kampfes der Arbeiter um ihre Rechte“ fassungslos gegenübergestanden habe. Der kommunistische Senator Cachin meint in der „Humanité“, der ruhige Verlauf des Massenstreiks beweise, daß die Linkregierung von morgen in keiner Weise revolutionären Charakter trage.

In voller Anarchie und Verwirrung...

Der „Ami du Peuple“ faßt dagegen die Ansichten der Rechtspresse über den augenblicklichen Streik und die

politische Lage folgendermaßen zusammen: Man befindet sich bereits in voller Verwirrung und Anarchie: Anarchie in der Regierung, da sie keine Verantwortung mehr habe, Anarchie in der sozialen Frage, da man die Forderungen der Arbeiter mit den grundsätzlichen Rechten des Eigentums zu vermischen beginne, Anarchie bei den Arbeitgebern, die ihre Vorrechte mißbrauchten und mit den normalen Besitzrechten verwechselten.

Der Pariser Streik macht Schule

Die Großwäschereien folgen dem Beispiel der Metallarbeiter.

Der Streik der Pariser Metallarbeiter ist wesentlich abgeklaut. Die meisten Großbetriebe sind von den Streikenden geräumt worden, nachdem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Vereinbarungen getroffen wurden, die den ersteren in zahlreichen Punkten Genugtuung schafften. Das Beispiel der Metallarbeiter hat jedoch auf andere Industriezweige abgefärbt. So sind jetzt zahlreiche Großwäschereien in den Streik getreten. Die Angestellten, die sich zum größten Teil aus weiblichem Personal zusammensetzen, haben die Nacht in den Betrieben zugebracht. Einigungsverhandlungen sind im Gange. Im Baugewerbe werden ebenfalls Teilstreiks gemeldet. Man befürchtet, daß auch die chemische Industrie dem Beispiel der Metallarbeiter folgen wird.

Italienisch-Ostafrika

Bewaltungsgefez vom Ministerrat verabschiedet

Der italienische Ministerrat stimmte dem von Mussolini vorgelegten Gesetz über die Ordnung und Verwaltung von Italienisch-Ostafrika zu. Unter der Bezeichnung „Italienisch-Ostafrika“ sind die Gebiete des Kaiserreichs Abessinien und der italienischen Kolonien Eritrea und Somaliland zu verstehen, die politisch, militärisch und wirtschaftlich vom Generalgouvernement Italienisch-Ostafrika mit Sitz in der Hauptstadt Addis Abeba verwaltet werden.

Italienisch-Ostafrika zerfällt in fünf Gouvernements, Eritrea, zu dem die früheren abessinischen Gebiete des Tigre und das Danakilgebiet kommen und dessen Regierungssitz Asmara ist; Amhara, Regierungssitz in Gondar, das die Gebiete des Tana-Sees und die amharischen Gebiete umfaßt; Galla und Sidamo mit Regierungssitz in Jimma, Harar und Somali mit Regierungssitz in Mogadiscio, zu dem auch die Provinzen des Ogaden gehören. Dem Generalgouverneur und Vizekönig ist ein stellvertretender Generalgouverneur und für die militärischen Fragen ein Generalstabschef beigegeben. Der Zentralregierung werden zwei beratende Organe zugeteilt, der Regierungsrat, der aus den höchsten Beamten von Italienisch-Ostafrika gebildet wird, und die Allgemeine Consulta, der auch sechs italienische Vertreter aus Landwirtschaft, Handel und Industrie und sechs Stammesführer und Notabeln angehören. Addis Abeba erhält unter einem Stadtgouverneur eine besondere Verwaltung.

Das Gesetz enthält ferner weitgehende Garantien für die mohammedanische und für die koptische Religion. Ein weiterer wichtiger Beschluß des Ministerrats betrifft die Regelung des Getreidemarktes.

Italienische Gerichtsordnung

für das gesamte eroberte Gebiet.

Durch italienische Regierungsverordnung ist die Ausfuhr von Silbertalern und Edelmetallen aus dem gesamten Vizekönigreich Abessinien verboten worden. Ferner ist eine neue Gerichtsordnung für das gesamte eroberte abessinische Gebiet in Kraft getreten. Danach sind in Zivilrechtsfragen italienische und ausländische Staatsangehörige bezüglich ihrer Rechte und Pflichten gleichgestellt und der italienischen Gesetzgebung unterworfen.

Zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Weißen und Abessiniern werden vom Gouverneur von Addis Abeba entschieden. In strafrechtlichen Fragen werden italienische und ausländische Staatsangehörige nach italienischem Gesetz von italienischen Richtern abgeurteilt. Berufungen beim Appellationshof in Rom sind zulässig. Farbige Bewohner werden vom Gouverneur und in schweren Fällen vom Regierungsgericht als Schwurgericht abgeurteilt.

500 Millionen Lire für Aufbauarbeiten

Die Nationale Versicherungsanstalt und das Nationalinstitut für Sozialversicherung in Rom haben je 250 Millionen Lire, in fünf Jahresraten zahlbar, für die Finanzierung der Aufbauarbeiten in Abessinien zur Verfügung gestellt.

Schuldnigg in Italien

Außerordentliches Aufsehen erregt in Wien die Tatsache, daß der Bundeskanzler Schuldnigg Montagabend 10 Uhr mit dem Rom-Schnellzug nach Italien abgereist ist. Er wird voraussichtlich eine Unterredung mit Mussolini haben, entweder in Rom oder in einer der italienischen Küstenstädte. Eine amtliche Meldung bestätigt die Tatsache der Abreise. Es heißt darin, daß der Bundeskanzler sich im Anschluß an eine Pfingstfahrt zur Erholung an die italienische Küste begeben habe.

500 Italiener in Berlin

Im Austauschverkehr zwischen Deutschland und Italien trafen 500 Italiener im Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof zum Besuch der Reichshauptstadt ein. Die italienischen Gäste, die bereits München einen Besuch abgestattet haben, wurden auf dem mit den deutschen und italienischen Farben geschmückten Bahnhof von Vertretern des Propagandaministeriums und der Stadt Berlin empfangen. Zur Begrüßung hatten sich weiter Angehörige der italienischen Botschaft und viele Mitglieder der italienischen Kolonie in Berlin eingefunden.

Amlicher Teil Seite 7

